

# Die große Wut

Vorabdruck ♦ »Zeit des Zorns. Streitschrift für eine gerechte Gesellschaft«. Von Jutta Ditfurth

♦ In ihrem am 2. Mai erscheinenden Buch »Zeit des Zorns« analysiert Jutta Ditfurth, wie sich das Kapital die globale Wirtschaftskrise zunutze macht, um sich der noch verbliebenen sozialen und demokratischen Errungenschaften ebenso wie ökologischen Erfordernissen zu entledigen. Ihre Prognose: Der weltweite ökonomische Abschwung wird nicht zum Zusammenbruch des Kapitalismus führen, vielmehr besteht die Gefahr, daß er gestärkt aus ihm hervorgeht. Ditfurth fragt nach den zentralen Schwachpunkten des Systems und diskutiert Strategien der Gegenwehr. Wir veröffentlichen im folgenden Auszüge – unter Weglassung von Literaturhinweisen – aus dem ersten Kapitel. Wir danken dem Droemer Verlag für die freundliche Genehmigung zum Vorabdruck. (jw)

Auf dem Weg zu einem Rockkonzert steigt der Mann in den Bus Richtung Taunus. In Frankfurt am Main, wo er lebt, wird seine Lieblingsmusik selten gespielt, obwohl es dort in den Clubs und Lounges zur Zeit interessante Beobachtungen zu machen gibt. Die Weltwirtschaftskrise hat denen, die das soziale Klima in der Stadt so lange schon mit ihrem neoliberalen Geschwätz und mit ihren Entscheidungen vergifteten, ein wenig die Luft rausgelassen. Das erheitert ihn. Der Passagier sieht hinaus in die Nacht, nach einigen Haltestellen ist er mit dem Busfahrer allein. (...) Die Musik wird ihm helfen, sich zu entspannen. Plötzlich sagt der Busfahrer in die Stille hinein: »Schade, daß es heute keine Revolution mehr gibt« und schaut in den Rückspiegel. Er verliert, wie sich herausstellt, durch die Weltwirtschaftskrise sein Reihenhaus. Sein Haß ist riesengroß.

Staatliche Obrigkeit und Kapital ahnen, daß es in den Köpfen Hunderttausender, wenn nicht Millionen Menschen brodelt. Aber Politiker wie Manager sind so weit vom normalen Leben der Menschen entfernt, daß sie vom Ausmaß der großen Wut nichts wissen. Oft sind nur Chauffeure, Taxifahrer und Pförtner ihr stark gefilterter Kontakt zum wirklichen Leben, den Rest der Gesellschaft »erklären« ihnen die *Bild-Zeitung* und *Gala*.

Das menschliche Gedächtnis ist zwar kurz, und wo es das nicht ist, wird hart daran gearbeitet. Aber viele Menschen erinnern sich noch daran, daß nach dem Fall der Mauer und dem Ende der DDR 1990 sowie nach der Auflösung der Sowjetunion 1991 das »Ende der Geschichte« beschworen wurde, der »Endpunkt der ideologischen Evolution der Menschheit«, so der US-Politologe Francis Fukuyama. Der Kapitalismus, oft als »Marktwirtschaft« maskiert, habe »endgültig gesiegt«, schrien die, die von ihm profitierten.

Die Menschen versuchen sich von Herrschaft und Unterdrückung zu befreien, seitdem es menschliche Gesellschaften gibt. Ohne Protest, ohne Widerstand, ohne soziale Revolutionen gäbe es nichts von dem, was wir heute an sozialen Rechten und demokratischen Freiheiten zu retten versuchen. Sind wir dem Ziel der sozialen Gleichheit und Freiheit näher gekommen, ohne die auch Gerechtigkeit nicht zu haben ist? Nur im Schnecken-tempo – wobei jeder Erfolg, den wir Staat und Kapital abringen, sofort einkassiert wird, sobald unsere Kräfte nachlassen. Auch die Forderungen der Französischen Revolution von 1789 nach Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit sind immer wieder auf der Strecke geblieben.

## Das große Rollback

Ich gehöre zu den undogmatischen Linken, die in den 1970er Jahren in der Bundesrepublik Deutschland trotz Kritik an der DDR Linke wurden. Wir verachteten den Antikommunismus, die Massenreligion der Bundesrepublik, und kritisierten das Autoritäre, Udemokrati-



Gewaltsame Erhebung für den sozialen Fortschritt: Revolutionäre bei Straßenkämpfen im Berliner Zeitungsviertel, Januar 1919

sche und Antiamanzipatorische an der DDR. Aber wir ahnten, was es für viele Menschen, die Konzentrationslager und Exil überlebt hatten, bedeutet haben muß, nach der Befreiung vom NS-Faschismus in und mit der DDR ein nichtkapitalistisches Land aufbauen zu können. Wir schätzten die bürgerlich-demokratischen Errungenschaften der Französischen Revolution von 1789 und verteidigen sie heute auch gegen ein Bürgertum, das sie – obwohl eben jene Rechte und Freiheiten ihm zu so großem Vorteil gegen den Adel und die alte Obrigkeit gereichten – in den Dreck tritt. Wir rühmten die Pariser Kommune von 1871, die erste proletarische Revolution, und versuchen, sie dem Vergessen zu entreißen. Wir standen auf der Seite der russischen Oktoberrevolution von 1917, geißelten aber den Stalinismus und, unter anderem, die zuweilen katastrophale Außenpolitik der Sowjetunion.

Bei aller Kritik an den Fehlern und inhumanen Folgen mancher Revolutionen – was ging ihnen voraus? Wogegen richteten sie sich, und wie wäre es den Menschen im feudalistischen Frankreich und im zaristischen Rußland ergangen, hätte es keine notwendigerweise auch gewaltsamen Erhebungen gegeben? Hat nicht ihre ungeheure »Gutmütigkeit« (Marx) die Pariser Kommune im Mai 1871 in ihrem Blut ertränkt? Hätte die Bastille 1789 mit einer Lichterkette erstürmt werden können? Ist die Oktoberrevolution von 1917 als gewaltfreie Sitzblockade denkbar? Die Befreiung vom Faschismus durch eine Love-Parade?

Eine Ursache des großen Rollbacks, in dem wir uns heute befinden, ist die Auflösung der Sowjetunion und der anderen Staaten des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW). Ihr Niedergang ließ den Kapitalismus auf längere Sicht scheinbar konkurrenzlos zurück. Bei aller linken Kritik an der bürokratischen Kommandowirtschaft in der DDR und in der Sowjetunion hatte die Konkurrenz der Systeme nicht zu unterschätzende Vorteile. Reibungen und Freiräume waren entstanden, die die Befreiungsbewegungen in der sogenannten Dritten Welt für sich nutzen konnten. (...)

Wir in der Bundesrepublik hatten den Sozialstaat auch dieser Systemkonkurrenz zu verdanken. Der kapitalistische Frontstaat des Kalten Krieges, in dem wir lebten, mußte beweisen, daß sein System das sozialere System war. Heute, wo die Herausforderung durch den »realen Sozialismus« fehlt, wird abgeräumt, was vor allem die Arbeiterbewegung seit dem 19. Jahrhundert in langen, oftmals blutigen Kämpfen erreicht hat. Kampferfolge werden mit rasender Geschwindigkeit zunichte gemacht. (...) Wir finden uns zurückgeworfen auf die Grundfragen, auf die Erkenntnis, daß es im Kapitalismus keinen automatischen sozialen Fortschritt gibt, von dem alle profitieren. Heute leben weltweit mehr als eine Milliarde Menschen in Slums. Etwa so groß war die Weltbevölkerung, als der junge Friedrich Engels zwischen 1842 und 1844 durch die Armenviertel von Manchester und London-St. Giles ging, um »Die Lage der arbeitenden Klasse in England« zu studieren. (...)

Der Busfahrer, den ich eingangs erwähnte, war im Grunde genommen kein militanter Mann. Er ist Mitglied einer Gewerkschaft, von der er sich eingelullt und »sozialpartnerschaftlich« verraten sieht. Die frühere SPD/Grünen-Bundesregierung, die er hoffnungsvoll gewählt hatte, hat ihn kalt lächelnd in die Armut gestürzt. Was soll er tun?

## Katastrophe Kapitalismus

Über den Sinn unseres Lebens entscheidet kein »höheres Wesen«, keine Kirche, keine Regierung und nicht das Kapital. Darüber bestimmen wir selbst. Für jeden Humanisten und Linken ist der Mensch das zentrale Wesen, und es gilt, alle gesellschaftlichen Verhältnisse umzustürzen, in denen der Mensch seines Lebens, seiner Entfaltungsmöglichkeiten, seiner Gesundheit und seines Glücks beraubt wird. Karl Marx hat es vor mehr als 165 Jahren so formuliert: »Die Kritik der Religion endet mit der Lehre, daß der Mensch das höchste Wesen für den Menschen sei, also mit dem kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch

ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.«

Das politische Ziel linker Politik ist es, gesellschaftliche Verhältnisse herzustellen, in denen der Mensch frei ist und sozial gleich. Erst dann kann das soziale Wesen Mensch selbstbestimmt mit anderen leben und zugleich alle seine verschütteten und drangsalierten Bedürfnisse und Fähigkeiten entdecken und entfalten.

Aber wie solche sozialen Verhältnisse herstellen, wie beginnen? »Wir müssen bei den voraussetzungslosen Deutschen damit anfangen, daß wir die erste Voraussetzung aller menschlichen Existenz, also auch aller Geschichte konstatieren, nämlich die Voraussetzung, daß die Menschen imstande sein müssen zu leben, um »Geschichte machen« zu können.« (...)

Der Kapitalismus ist schon im Normalzustand eine Katastrophe für Mensch und Natur. Es gibt ihn nicht ohne Profit und nicht ohne Ausbeutung. Die beiden einzigen Quellen des Reichtums sind die Arbeitskraft des Menschen und die Naturressourcen. Der Kapitalismus strebt danach, sich diese Quellen allen Reichtums zu unterwerfen und sie maximal zu verwerten. Daß der Mensch dabei ruiniert, um Glück und Gesundheit und oft genug das Leben gebracht wird, daß die Natur dabei so vergiftet und zerstört wird, daß der Mensch in ihr nicht mehr gesund leben kann, ist dem Kapital vollkommen gleichgültig. »Die kapitalistische Produktion«, schreibt Karl Marx 1867 im ersten Band des Kapitals, »entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen des Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.«

Das Kapital plündert und zerstört durch ihre Nutzung diese beiden einzigen Reichtumsquellen, immer auf der Jagd nach mehr Profit. Das ist sein Wesen, es ist der kapitalistischen Produktion immanent. Das Gequatsche, daß alles Schlechte nur an »gierigen« Bankiers und Managern läge, ist eben – Gequatsche. Gierig sind sie zwar oft auch. Aber die Struktur der kapitalistischen Produktionsweise zwingt sie zu dieser Jagd. Wer Mensch und Natur nicht



maximal ausplündert, verliert in der kapitalistischen Konkurrenz.

Nur Klassenkämpfe, nicht moralische Vorwürfe halten den Kapitalismus auf oder mildern seine Zerstörungswut. Umso ungehemmter wütet er aber anderswo. Ihm stößt keine Krise zu, er ist die Krise. Und irgendwo ist er immer, darüber hinaus, in einer Krise. Das ist seine normale Verfassung: Menschen leiden und sterben durch ihn. Meistens aber sind diese Opfer so weit weg von den kapitalistischen Zentren, zu denen ja auch die Bundesrepublik gehört, daß man sie ignoriert. Für Millionen, wenn nicht Milliarden von Menschen ist der hundsordinäre Kapitalismus ohne jede offizielle Krise nichts als die Katastrophe ihres gesamten Lebens: Wie Sklaven bewirtschaften sie Großgrundbesitz, erschaffen den gesellschaftlichen Reichtum in irgendwelchen Werkshallen der Welt, nähern die nächste Frühjahrsmode in Osteuropa, China oder Vietnam. (...)

### Erkämpfter Fortschritt

Allen wirklichen Fortschritt für die Mehrheit der Menschen gibt es nur als Resultat von sozialen Kämpfen. Nie ist eine grundsätzliche soziale Reform – die diesen Namen wirklich noch verdient hätte – im Parlament eines kapitalistischen Staates geboren worden. Immer waren ihre Voraussetzungen außerparlamentarische Kämpfe; manchmal, wenn diese Kämpfe stark genug waren, konnte politischer Druck entfacht werden, der auch Parlamentsparteien und Regierungen in Zugzwang brachte, so daß diese Institutionen die – meist verwässerten Versionen der ursprünglichen – Forderungen in Gesetze und Verordnungen gossen.

Diese waren aber nie von Dauer. Denn wenn die soziale Gegenmacht nachließ und die »Reformen« dem Kapital nichts nutzten, wurden sie wieder abgeschafft. Die Bildungsreform der 1970er Jahre zum Beispiel, Resultat der sozialen Auseinandersetzungen der 1960er Jahre, ist heute Makulatur. Arbeiterkinder, Kinder von Hartz-IV-Empfängern oder aus der unteren Mittelschicht finden kaum Zugang zu bestmöglicher Bildung. Und die Talare kehrten zurück an sogenannte Eliteuniversitäten.

(...) Der Kern des Kapitalismus ist Profit und Maximierung des Profits. Er besteht auf der maximalen Verwertung und Vernutzung des Menschen. Nichts, was wir am Kapitalismus beklagen, ist zu bändigender »Mißbrauch« oder zu korrigierende »Randerscheinung«. Die weltweiten Unterschiede in der Verfaßtheit kapitalistischer Staaten haben mit ihrem Platz in der imperialistischen Weltordnung – liegen sie im Zentrum oder an der Peripherie? – und mit dem Grad der Klassenkämpfe zu tun. In der Sprache der sozialen Bewegungen: dem Grad und der Qualität der Gegenwehr. (...)

So viele verlorene Kämpfe. Und nach jeder großen Auseinandersetzung pumpt sich die Bestie vor uns auf, hat sich das Brauchbare, das Verwertbare aus unseren Kämpfen einverleibt, hat der Kapitalismus sich modernisiert. Wie kein anderes Herrschaftssystem zuvor ist er in der Lage, ältere Herrschafts- und Unterdrückungsformen aufzusaugen und in neue umzuwandeln – den Rassismus zum Beispiel, oder die patriarchale Herrschaft. (...) In regelmäßigen Wellen lutscht dieser Kapitalismus neue Subkulturen aus, durchfilzt soziale Bewegungen nach neuen Ideen, sucht nach neuer Kunst und Musik, Mode, Lebensformen, Erfindungen, die sich zur Ware formen und kommerzialisieren lassen. Ihr antihierarchischer, subversiver Gehalt bleibt als Abfall zurück.

Gegenkultur, Opposition, sogar vermeintliche Subversion kann gebrochen und – sofern die Widerstand Leistenden sich nicht stark genug wehren – in Innovatorisches für den Kapitalismus umgemünzt werden, so daß sich die zerstörerische Maschine mit neuem Schwung weiterdreht. Das gehört zu den »Begabungen« des Kapitalismus. (...)

Viele Leute hier haben am Kapitalismus nichts Grundsätzliches auszusetzen, weil sie von seiner Zerstörungswut profitieren. Sie reden von »Ausartungen«, von der »Gier« von Managern, vom »Raubtierkapitalismus« und ähnlichem Unsinn. Niemals geben sie zu, daß es der ganz gewöhnliche Kapitalismus ist, der seine nächste, erwartbare Überakkumulationskrise nun als »Finanzkrise« präsentiert. Jahrzehntlang wurde behauptet,



Vom Traum zum Alptraum: Viele Arme unter den Opfern des Hurrikans »Katrina« im Süden der USA warteten vergeblich auf staatliche Hilfe (New Orleans, 1.9.2005)

im allgemeinen funktioniere der Kapitalismus »störungsfrei« und prächtig. (...) Es war immer schon eine fette Lüge und nichts als Propaganda.

### »Feldzug der Armen«

Schon seit Jahrzehnten zerfallen in den USA nicht bloß Schulen und Brücken, sondern ganze Städte. Als ich 1972 kurze Zeit in Detroit lebte, in einem vorwiegend afroamerikanischen Stadtviertel, fuhr ich auf dem Weg zur Arbeit jeden Tag durch Slums, vorbei an verfallenden Holzhütten und verrottenden Industriebauten. Auf manchen Dächern sah ich noch Spuren der Luftangriffe der US-Polizei von 1967, durch die viele Menschen verletzt oder getötet worden waren.

»Unser Ziel ist, daß Menschen ein Leben ohne Ausbeutung, Diskriminierung, Hunger und Krieg führen können. Dafür sind energiereichere Maßnahmen als Mahnwachen und Kundgebungen nötig. Ein Bündel von Maßnahmen, dessen Wirksamkeit am größten ist, wenn wir viele sind und wissen, was wir tun. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, die auf Solidarität aufbaut und auf sozialer Gleichheit, in der es keine Ausbeutung und keine Herrschaft von Menschen über Menschen mehr gibt, eine Gesellschaft, in der wir basisdemokratisch entscheiden, wie wir leben und arbeiten wollen. Das ist ein tollkühner Plan. Und wir müssen alles selbst machen. Die Mittel, durch die wir dieses Ziel erreichen könnten, werden manche eine soziale Revolution nennen. Einverstanden.«

Aus dem letzten Kapitel »Wir werden alles selbst machen müssen«

Wie oft haben wir anlässlich der Wahl Barack Obamas Ausschnitte aus Martin Luther Kings »I have a dream«-Rede im Fernsehen gesehen? Gefühle eine Million Mal? Um Obama als Heilsbringer zu mystifizieren, wird Kings Rede mißbraucht, als sei sie sein letztes Wort zu den sozialen Verhältnissen in den USA gewesen, als sei der Kapitalismus heute plötzlich eine humane

Lebensweise, bloß weil der US-Präsident ein Afroamerikaner ist. (...) Im Juni 1967 kam es in 75 US-amerikanischen Städten zu Aufständen von Afroamerikanern und ihren politischen Freunden. Die Revolte erfaßte Cincinnati, Memphis, Newark, Durham und Detroit. Die blutigsten Kämpfe erlebte Detroit. Die Regierung setzte sogar Fallschirmjäger und Panzer ein. Stadtviertel gingen in Flammen auf. Dreiundachtzig Menschen, vor allem Afroamerikaner, wurden getötet. 4 000 wurden verletzt, 8 000 verhaftet.

Martin Luther King (...) bereitete seinen großen »Feldzug der Armen« vor, die Poor People's Campaign, den Kampf gegen Armut und Rassismus. Schwarze, Indianer, Latinos und Weiße waren aufgerufen, quer durch das Land eine Vielzahl von Aktionen gegen Staat und Kapital durchzuführen: Protestmärsche, Besetzungen, gewaltlose Sitzstreiks in Regierungsbehörden, Boykotts von Konzernen und Einkaufszentren. Ein Sprecher des Weißen Hauses beschuldigte King, er würde »kriminellen Ungehorsam gegen die Regierung organisieren«.

Von seinem Traum einer bald zu erwartenden friedlichen und gerechten US-Gesellschaft hatte Martin Luther King sich verabschiedet. Von den Medien wird seine Radikalisierung fast immer verschwiegen. Was er 1967, vier Jahre nach seiner »I have a dream«-Rede, sagte, sehen und hören wir in deutschen Medien nie: »Ich mußte erkennen, wie mein Traum zum Alptraum wurde, als ich durch die Ghettos unseres Landes ging und sah, daß meine schwarzen Brüder und Schwestern auf einer einsamen Insel der Armut dahinsiechen – in der Mitte eines riesigen Ozeans von materiellem Wohlstand, und ich sah, daß unsere Nation nichts unternimmt, um die Probleme der Schwarzen zu lösen.« Zu Beginn der Poor People's Campaign wurde der 39-jährige Martin Luther King am 4. April 1968 ermordet. In 110 Städten kam es zu Aufständen.

Sie ist so riesengroß, die Zahl von Menschen, die in Afrika an Krieg, Hunger und AIDS sterben, so unvorstellbar das Ausmaß, in dem sie ohne Bildung bleiben, Sklavenarbeit leisten, so mächtig die Gewalt, die ihren Freiheitsdrang und

ihre Zukunftshoffnung an den Sicherheitszäunen der EU zerschellen läßt. Wenn sie »Glück« haben, landen sie lebend in Auffanglagern in Afrika oder Europa, für die auch Deutschland viel Geld ausgibt. Sie ertrinken in Scharen im Mittelmeer, gejagt von Frontex-Schiffen, auf denen auch deutsche Bundespolizisten Dienst tun. (...)

Manchmal schimmert in Verlautbarungen der Profiteure der kapitalistischen Verhältnisse eine Ahnung davon durch, was passieren könnte, würde sich eine große Menge Menschen das Verbrechen namens Kapitalismus nicht mehr gefallen lassen. Dieser Verdacht nötigt die deutsche Bundesregierung heute in bisher unbekanntem Ausmaß zu Propaganda, Besänftigung und einer Abwrackprämie. Viele wohlabgewogene Worte in den Abendnachrichten haben mit den realen Vorgängen oft wenig oder nichts zu tun. Sie sollen aber die Maßnahmen gegen die Weltwirtschaftskrise, die ausschließlich zum Ziel haben, das Kapital zu retten und die Grundfesten des kapitalistischen Staates zu betonieren, als vernünftig, einleuchtend und alternativlos erscheinen lassen. (...)

### Ein bißchen Diktatur ...

Die Erfahrung der Menschen, daß vormalig positive Begriffe wie zum Beispiel »Reform«, »Selbstbestimmung« und »Gerechtigkeit« längst in Orwellscher Manier in ihr Gegenteil verkehrt wurden, steigert die Verachtung vieler Menschen für »die Politik« ins Unermeßliche. Aus »Reform« wurde Hartz IV, aus »Selbstbestimmung« der selbstbestimmte Tod der Überflüssigen in einer neuen Euthanasediskussionswelle. »Gerechtigkeit« ist heute zum Schleuderpreis zu haben: Von »Generationengerechtigkeit« schwadroniert die Bild-Zeitung, wenn sie – etwa in der Rentenfrage – »die Jungen« zum Kampf gegen »die Alten« aufhetzt.

Neidisch blickten deutsche Konzerne, vor der Weltwirtschaftskrise, auf China, das mit »ein bißchen Diktatur« immense Wachstumsraten einfuhr, während sich das Kapital in Deutschland noch mit den restlichen Errungenschaften einer befriedeten Arbeiterbewegung herumzuschlagen hatte. Ein kleines bißchen mehr Diktatur, verpackt als bürgerliche Demokratie, das hätten einige west- und osteuropäische Staaten doch gern.

Die realen sozialen Verhältnisse und die Erfahrung, von den »eigenen Leuten« (darunter den Parteien und Gewerkschaften) betrogen worden zu sein, haben die soziale Frage auch in Deutschland mit Wucht zurück auf die Tagesordnung katapultiert. Millionen Menschen sehen sich vermeintlichen Urganen des Kapitalismus ausgeliefert, fühlen sich machtlos, ja ohnmächtig und nicht Herr ihres Schicksals. Wer wird der Adressat ihrer Wut? Sozial Schwächere, wie es der deutsche Untertan so schätzt, weil er sich feige nicht gegen die Obrigkeit zu erheben wagt, außer er ist betrunken und randaliert ein wenig bei der ARGE? Was tut der Mensch, fortlaufend enteignet, durch Krisen, Gesetze und Verordnungen gebeutelt, für die er nicht verantwortlich ist? (...)

Ist eine bundesdeutsche Gesellschaft denkbar, die trotz großer Armut und Perspektivlosigkeit einerseits und immensen Reichtums und Korruption andererseits unerschüttert bleibt? Wird es diesmal die historische Rolle der Linkspartei sein, der Wut ein Ventil zu bieten? Als neue reformistische Illusion, die dämpft, was anderenfalls vielleicht zur Revolte und zu wirklich grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen drängte?

Und wenn diese Kalkulation nicht aufgeht – treibt die Bundesrepublik dann noch weiter nach rechts? Gibt es dazu wirklich keine anderen linken Alternativen? Welche Verwerfungen und Unruhen sind vorstellbar? Wohin treibt der Zorn die Wütenden?

◆ Buchpremiere: Lesung und Diskussion mit Jutta Ditfurth, Sonntag, 3. Mai 2009, 19.30 Uhr, Berliner Ensemble, Bertolt-Brecht-Platz 1, Berlin. Eintritt Abendkasse: 7 Euro.

Am 28. Mai um 19 Uhr stellt die Autorin »Zeit des Zorns« in der jW-Ladengalerie (Torstr. 6, Berlin-Mitte) vor

◆ Jutta Ditfurth, Zeit des Zorns, Droemer, München, 2009, 272 Seiten, geb., 16,95 Euro, ISBN 978-3-426-27504-7 (auch im jW-Shop erhältlich)